

Neustadt
Dresden,
in der Expedi-
tion, N. Reichn.
Casse Nr. 3,
zu haben.

Sächsische Vorzeitung.

Preis:
vierteljährlich
15 Ngr. Zu
beziehen durch
alle kais. Post-
Anstalten.

Ein unterhaltendes Blatt für den Bürger und Landmann.

Erscheint jeden Dienstag und Freitag früh.

Inseratenpreis: Für den Raum einer gespaltenen Zeile 1½ Ngr. Unter „Eingefandt“ 3 Ngr.

Verantwortlicher Redakteur und Verleger: Herrmann Müller in Dresden.

Politische Weltschau.

Deutsches Reich. Als sich am Schlusse der vergangenen Reichstagsession eine neue Partei unter dem Namen „monarchisch-nationale Fraktion“ bildete, wußte Niemand recht, ob man diese Schöpfung für einen Fortschritt halten sollte oder nicht. Die Vermuthung lag nahe, daß eine alte Bekannte (die Kreuzzeitungspartei) nur unter neuem Aushängeschild fortarbeiten wolle. Heut erfahren wir jedoch, daß diese „wahrhaft Konservativen“ nicht Hand in Hand mit den monarchisch Nationalen zu gehen gedenken, sondern auf eigene Faust in Opposition zur Reichsregierung treten werden. Die „Germania“ berichtet nämlich, daß Philipp v. Nathusius — der vom October an die Redaction der „Kreuzzeitung“ übernehmen sollte, inzwischen aber plötzlich am 16. d. M. in der Schweiz starb — die „wahrhaft Konservativen“ im Reiche um sich zu schaaren und gegen den Fürsten Bismarck und sein System zu Felde zu führen gedachte. Demnach hat sich bei den Konservativen eine Trennung vollzogen; die monarchisch Nationalen stellen sich auf den Boden vollzogener Thatsachen und überlassen den „wahrhaft Konservativen“ vom Schlage der Kreuzzeitung als äußerste Rechte den Kampf gegen das deutsche Reich weiter fort zu führen. Viel Schwierigkeiten wird diese Junker-Elite der Reichsregierung nicht bereiten; denn der größte Theil der Partei hat doch nach 1870 Vieles vergessen und Manches gelernt. Von dem starren Festhalten an dem Pünktchen über dem „i“ des Konservatismus läßt man mehr und mehr ab, um mit der Regierung die Bahnen der Konzessionspolitik zu betreten. Die Nathusius-Partei, die abseits auf dem Pfade des alten Feudalismus ihr Staatsideal zu verfolgen gedenkt, wird daher nur eine sehr kleine und ohnmächtige Erscheinung im Parlamente wie im Reiche sein. Freilich, schon jetzt proponirt ihnen die „Germania“ ein Bündniß der „wahrhaft konservativen katholischen und protestantischen Männer“ und es ist nicht unmöglich, daß die Herren in die Falle gehen. Sie werden dann zu ihrem Schaden merken, welche Früchte die Ultramontanen aus dieser Verbindung ziehen. Während für die konservativen Ideen nicht nur Nichts gewonnen wird, geht der letzte Rest ihres Ansehens dabei zu Grunde.

Wundern darf man sich freilich über solche Bestrebungen der Junkerpartei nicht, so lange es im deutschen Reiche noch Staaten giebt, die trotz 1870 im alten Schlandrian fortwirtschaften und ihren Beruf als deutsche Kleinstaaten damit zu erfüllen streben, daß sie jeder liberalen Forderung im eigenen Lande hartnäckig Widerstand leisten und im Reiche abwechselnd im Schmolzwinkel oder auf der Oppositionsbank sitzen. Was hat es für einen Zweck, wenn man in Hessen-Darmstadt, wie kürzlich geschehen, den Gymnasiallehrern das Tragen von Uniformen während des Unterrichts anbefiehlt? Will man sich vielleicht, nachdem das Militär an die Reichsregierung übergegangen, das Spielzeug eines uniformirten Schüler- und Lehrercorps konstruiren? Uebertroffen wird diese Anordnung noch von der Sorglosigkeit, mit der man das Ende der gegenwärtigen zweiten Kammer herannahen läßt. Dieses tritt im Monat November ein und scheint das Ende aller parlamentarischen Dinge in Hessen sein zu sollen. Das alte Wahlgesetz kann nicht mehr in Anwendung

kommen, weil es auf der aufgehobenen Personalsteuer beruht und ein neues Wahlgesetz ist bisher weder den Ständen vorgelegt, noch soll dieses geschehen. Es verlaudet, die Regierung beabsichtige die Auflösung der Kammer, um alsdann ein halbes Jahr ohne Budget wirtschaften zu können. Nach uns die Sündfluth — denken wahrscheinlich die regierenden Herren, aber sie dürften sich irren. Das Land wird sich ein verfassungsloses Regiment ebensowenig gefallen lassen, wie das deutsche Reich die sonderbare Auslegung, welche die hessische Regierung dem Jesuitengesetze angedeihen läßt. In Hessen sitzt bekanntlich eine ganze Brut von schwarzen Patres und sie alle gedenken dort zu bleiben, weil sie nicht als „Orden“ sich niedergelassen haben, sondern ihre seelsorgerische Thätigkeit als Einzelpersonen betreiben. Die Reichsregierung hat Hessen, wo der Bischof von Mainz schon seit langen Jahren für den Ultramontanismus erfolgreich agitirt, schon lange im Auge und wird sich schwerlich durch Scheinkonzessionen täuschen lassen. Die hessischen Schwarzen dürften von den Maßregeln nicht verschont bleiben, welche jetzt die polnischen Ultramontanen Schlag auf Schlag treffen. Alle geistlichen Schulinspektoren, die erwiesene Gegner des Deutschtums und der Regierung sind und sich an Vereinen mit polnisch-nationalen Tendenzen betheiligen, sind ihres Amtes enthoben worden. Auch stehen sehr wichtige Schritte gegen die klösterlichen Erziehungs-Institute in Posen bevor, die während des letzten Decenniums wie Pilze aus der Erde schossen. Wie gegen die polnische, wird auch gegen die elsässische Geistlichkeit vorgegangen. Dort hatte die Regierung zuerst ein sehr mildes Verfahren beobachtet und sogar jedem Pfarrer 100 Thaler zu seinem jährlichen Einkommen zugelegt. Das hält aber diese Herren durchaus nicht ab, ihre Weichhinder gegen die neue Regierung zu hegen; deshalb werden nun andere Saiten aufgezogen. In Iffenheim (Nieder-Elsass) wurde dieser Tage eine Kirche, in welcher die Jesuiten, trotz des Verbotes, weiter zu predigen und zu agitiren sich vermaßen, auf Befehl der Civilbehörde geschlossen.

Eine ganz auffallend abwei hende Haltung zeigt die preussische Regierung dem Bischof von Ermland gegenüber. Wir meinten noch unlängst (vergleiche Nr. 62 Civil-Exe), wie jetzt die Regierung in Preußen zur Aufrechthaltung ihrer Autorität gegen den Bischof u. vorgegangen sei, könne sie unmöglich auf halbem Wege stehen bleiben. Doch scheint es fast, als fänden sich im Berliner Kaiserpalast noch immer Hände, welche die schwarze Schlange lieblosend streicheln, denn nachdem der Kultusminister Dr. Falk vergeblich eine allerhöchste Entscheidung in dieser Angelegenheit nachgesucht hat, ist dieselbe vertagt, vielleicht auf immer verschoben. Zwischen dem anfänglichen Auftreten der Regierung und dem jetzigen Schlußakte liegt unverkennbar ein weiter Abstand, und man kann mit der „Nat.-Ztg.“ nur beklagen, daß die Staatsregierung sich zu Androhungen hat bestimmen lassen, denen sie nicht in der Lage gewesen ist, den entscheidenden Nachdruck zu geben. Durch ein derartiges Vorgehen wird allerdings nur der Uebermuth des Ultramontanismus gesteigert. Hoffentlich dient der Vorgang zur Lehre und befestigt in der Ueberzeugung, daß es vor Allem die Staatshoheitsrechte den Kirchengesellschaften gegenüber klar feststellender, mit bestimmten Strafandrohungen versehener Gesetze bedarf, deren energische und